

Antrag

der Abgeordneten Werner Schulz (Berlin), Steffi Lemke, Antje Hermenau, Kristin Heyne, Dr. Manuel Kiper, Oswald Metzger, Simone Probst, Halo Saibold, Christine Scheel, Rainer Steenblock, Margareta Wolf, Vera Lengsfeld, Gerald Häfner, Franziska Eichstädt-Bohlig, Gerd Poppe, Dr. Angelika Köster-Loßack, Waltraud Schoppe und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Jährliche Vorlage eines „Berichtes zur Entwicklung der deutschen Einheit“ durch die Bundesregierung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Trotz unbestreitbarer Fortschritte bei der Überwindung der deutschen Teilung ist ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen West und Ost in Deutschland noch lange nicht erreicht. Dies gilt für die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse wie für die Lebenssituation der Menschen. Auch im Bewußtsein vieler Bürgerinnen und Bürger ist die Ungleichheit zwischen Ost und West nach wie vor vorhanden.

Vermeintlich sichere Besitzstände der Menschen in der früheren DDR sind mit der Übernahme des westlichen Wirtschafts-, Gesellschafts- und Rechtssystems verloren gegangen. So kann heute der Anspruch auf einen Arbeitsplatz für viele nicht mehr eingelöst werden. Vor allem Frauen wurden und werden aus dem Arbeitsleben verdrängt. Preiswerten Wohnraum für alle gibt es nicht, die Mieten drohen den Einkommen davonzulaufen. Obwohl die Altersrenten im allgemeinen höher sind als früher, gibt es doch eine Gruppe von Menschen, denen Verschlechterungen ihrer Rente ins Haus stehen.

Die Wirtschafts- und Währungsunion hat vor fünf Jahren die Schwächen des Wirtschaftssystems der DDR schonungslos aufgedeckt, aber durch den brutalen Anpassungsschock viele eigentlich erhaltenswerte Arbeitsplätze vernichtet. Die Treuhandanstalt hat die DDR-Wirtschaft abgewickelt. Beim produktiven Strukturwandel hat sie dagegen weitgehend versagt. Eigeninitiativen der Treuhandunternehmen wurden häufig mißachtet, Westinvestoren wurden Bürgerinnen und Bürgern der neuen Länder in der Regel vorgezogen. Vor allem im Bereich des verarbei-

tenden Gewerbes steht heute nach wie vor die Aufgabe, die Wirtschaft ökologisch verantwortungsvoll wieder zu beleben.

Die staatliche Einheit brachte weder die sofortige Rechtsgleichheit und schon gar nicht eine gemeinsame, demokratische politische Kultur hervor. Zu unterschiedlich sind die geschichtlichen Erfahrungen in Ost und West, zu ungleich war der Prozeß der Wiedervereinigung, der nicht als konstitutioneller Neubeginn, sondern als Beitritt der neuen Länder zum Grundgesetz gestaltet wurde. Viele Bewohner der neuen Länder fühlen sich angesichts der Entwertung ihrer Biographien als Bürger zweiter Klasse.

2. Der Öffentlichkeit liegt eine Vielzahl von Einzelberichten über Teilbereiche des Aufbau Ost und den Fortgang der deutschen Einheit vor. Doch es mangelt an einer Gesamtschau dieses Prozesses und an einer verbindlichen Beurteilung des Entwicklungsstands der Einheit durch die Bundesregierung.

Die Bundesregierung hat die Bürgerinnen und Bürger immer wieder im unklaren gelassen über die mit der Vereinigung verbundenen Umwälzungen und Belastungen. Die durchaus vorhandene Bereitschaft zu solidarischer, gemeinsamer Überwindung der deutschen Teilung in der Bevölkerung ist durch das kurzsichtige, im Ergebnis desinformierende Informationsgebaren der Bundesregierung immer wieder erschüttert worden.

Das jüngste Kapitel dieser Verunsicherung der Bevölkerung durch die Bundesregierung ist die andauernde Diskussion zwischen den Koalitionsparteien um die Abschaffung oder Absenkung des Solidarbeitrages.

Der Deutsche Bundestag und die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, von der Bundesregierung verbindlich und mit einer Stimme erklärt zu bekommen, wie sie den Stand der Entwicklung der Einheit beurteilt, inwieweit sie die Politik und insbesondere die Gesetzgebung zur Verwirklichung der Einheit im einzelnen als erfolgreich ansieht und wo nach ihrer Auffassung Korrekturbedarf besteht, welche Ziele sie künftig verfolgt und mit welchen Maßnahmen und in welchen Zeiträumen sie diese Ziele erreichen will.

Der Anspruch erstreckt sich auch darauf zu erfahren, welche finanziellen Belastungen in diesem Zusammenhang auf die öffentlichen Haushalte und die Bürgerinnen und Bürger mittelfristig zukommen.

3. Die im Staatsvertrag zur deutschen Wirtschafts- und Währungsunion und im Einigungsvertrag getroffenen Regelungen zur Behandlung der sogenannten DDR-Altschulden haben Unternehmen, Wohnungswirtschaft, landwirtschaftliche Betriebe, Kommunen, Bund und Länder in enormem Umfang finanziell belastet und haben damit im Ergebnis den Aufbau Ost massiv behindert.

Aktuell sind vordringlich für in der Nachfolge von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften stehende landwirtschaftliche Betriebe und für die teilweise mit extrem hoher Pro-Kopf-Verschuldung belasteten Kommunen in den neuen Ländern Lösungen gefordert, die zu einer Schuldenentlastung führen.

Es ist in erster Linie die Aufgabe des Bundesgesetzgebers, solche Lösungen herbeizuführen. Geschieht dies nicht bald, ist damit zu rechnen, daß sich zum wiederholten Mal das Bundesverfassungsgericht genötigt sieht, vom Deutschen Bundestag versäumte Arbeit nachzuholen.

II. Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. sich im Rahmen einer Politik zur Verwirklichung der Einheit vor allem auf die folgenden Ziele zu konzentrieren:
 - die beschleunigte Schaffung und Förderung qualifizierter und sinnvoller Arbeitsplätze für alle, die Arbeit brauchen,
 - die Verhinderung eines weiteren Herausdrängens von Frauen aus der Arbeitswelt und die Bereitstellung von gezielten Wiedereingliederungshilfen,
 - die Sicherung bezahlbarer Mieten und eines Kernbestandes sozial gebundener Wohnungen, die kontinuierliche Förderung von Wohnungssanierung und -modernisierung sowie des Neubaus preiswerter Wohnungen,
 - die langfristige Sicherung der Renten, Bestandsschutz für alle Renten und die Verhinderung des Mißbrauchs der Rentenversicherung zu politischen oder fiskalischen Zwecken,
 - die Konzentration der Wirtschaftsförderung Ost auf ökologisch sinnvolle und arbeitsplatzschaffende Investitionen im verarbeitenden Gewerbe. Dabei kommt kleineren und mittleren Unternehmen eine besondere Bedeutung zu. Das Förderwirrwarr Ost muß ein Ende haben,
 - die Sicherung der Märkte für ostdeutsche Produkte durch verbesserte Bedingungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, durch eine Öffnung der Wirtschaftsgrenzen nach Ost- und Mitteleuropa sowie durch eine Revitalisierung dieser Exportmärkte für die ostdeutsche Wirtschaft,
 - eine den ostdeutschen Problemlagen entsprechende konzeptionelle Erneuerung der Regionalförderung. Wirtschafts- und Arbeitsförderung müssen besser miteinander verzahnt werden, deutsche und europäische Förderkonzeptionen aufeinander abgestimmt sein,

- die Förderung des schwierigen Umstrukturierungsprozesses der Landwirtschaft hin zu einer ökologisch verträglichen und nachhaltig ökonomisch tragfähigen Landnutzung. Betrieben aller Rechtsformen und Größenordnungen sind dabei gleiche Chancen einzuräumen. Die Landwirtschaft als wichtigster Arbeitgeber im ländlichen Raum muß flächendeckend erhalten werden,
 - die besondere Unterstützung der wirtschaftsnahen Forschung in den neuen Ländern,
 - beschleunigte Klärung und Entscheidung der Eigentumsverhältnisse,
 - die Förderung der freiheitlichen, demokratischen Kultur in einer selbstbewußten zivilen Gesellschaft,
 - die Aufhebung der rechtlichen Ungleichheiten zwischen West und Ost – im Sinne von mehr Rechten für die Bürgerinnen und Bürger, von mehr Beteiligung der Betroffenen und von weniger autoritärem Staat,
 - die wirksame Rehabilitierung der Opfer des SED-Unrechts und ihre angemessene Entschädigung. Die Erinnerung an geschehenes Unrecht muß wach und die Informationsquellen müssen offen gehalten werden,
2. noch in diesem Jahr und in den folgenden Jahren jeweils zum 3. Oktober dem Deutschen Bundestag einen umfassenden „Bericht zur Entwicklung der deutschen Einheit“ vorzulegen.

Der Bericht soll eine Gesamtschau des Fortgangs in den wesentlichen Feldern erbringen, von der Wirtschaft über Bildungs- und Gesundheitswesen bis zum mentalen, kulturellen Zusammenwachsen der beiden deutschen Gesellschaften.

Der Bericht soll Entwicklungsziele benennen und die notwendigen Mittel und die erforderlichen Zeiträume, um diese Ziele zu erreichen. In den folgenden Berichten muß die tatsächliche Entwicklung an diesen Vorgaben gemessen werden. Aus dem Bericht soll die Gesamtkonzeption der Bundesregierung zur Verwirklichung der Einheit hervorgehen. Dies schließt eine Finanzübersicht und Finanzplanung Deutsche Einheit mit ein.

Der Bericht soll u. a. Angaben (Stand der Entwicklung, Verwirklichung gesetzter Ziele, Ziele für die zukünftige Entwicklung, Darstellung von Defiziten und Problemen) enthalten über die Angleichung der Lebensverhältnisse, insbesondere die

- wirtschaftlichen Aufbauleistungen in den neuen Ländern,
- finanzwirtschaftlichen Aspekte,

- Lage auf dem Arbeitsmarkt, einschließlich Berufsausbildung,
- Situation der Umwelt und die Sanierungsfortschritte bei den ökologischen Altlasten,
- Tourismusentwicklung,
- Weiterentwicklung des Rechtsstaates,
- Länder und Kommunen,
- Wissenschaft und Forschung,
- Lage der Kinder,
- Chancengleichheit von Frauen,
- Situation von Rentnerinnen und Rentnern sowie älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern,
- Situation im Gesundheits- und Sozialwesen,
- Kultur und Bildung,
- Perspektiven der Jugend,
- Aufarbeitung des SED-Unrechts.

Darüber hinaus erhält der Bericht:

- eine Darstellung und Bewertung der für die Verwirklichung der Einheit wesentlichen Gesetzgebung des Bundes,
 - eine Darstellung und Bewertung aller Förderungsinstrumente für den Aufbau Ost;
3. die mit sogenannten DDR-Altschulden belasteten Kommunen und landwirtschaftlichen Betriebe mit ihren existentiellen Problemen nicht allein zulassen, sondern aktiv zu politischen Lösungen dieser Problematik beizutragen und dabei die Willkürlichkeit in der Zurechnung zu berücksichtigen und die teilweise extrem hohen Einzelbelastungen zu beseitigen. Das Ziel sollte dabei eine baldige Entschuldung der betroffenen Kommunen und landwirtschaftlichen Betriebe sein.

Bonn, den 10. Oktober 1995

Werner Schulz (Berlin)

Steffi Lemke

Antje Hermenau

Kristin Heyne

Dr. Manuel Kiper

Oswald Metzger

Simone Probst

Halo Saibold

Christine Scheel

Rainer Steenblock

Margareta Wolf

Vera Lengsfeld

Gerald Häfner

Franziska Eichstädt-Bohlig

Gerd Poppe

Dr. Angelika Köster-Loßack

Waltraud Schoppe

**Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln)
und Fraktion**

